



Nummer 14/2018 (7. bis 20. September 2018)

Inhaltsübersicht	Seite
THEMA DER WOCHE:	2
Der Handelskrieg zwischen China und den USA eskaliert	2
CHINA UND DIE WELT	3
China sucht den Schulterschluss mit Russland	3
Zweifel an Pakistans Engagement für Belt and Road Initiative (BRI)	4
Venezuela hofft auf weitere Unterstützung aus China und beteiligt sich an der "Neuen Seidenstraße"	4
INNENPOLITIK, GESELLSCHAFT UND MEDIEN	5
Neue Prioritäten beim Umbau der Gesundheits- und Technologiepolitik	5
Wachsende Sorge vor staatlichen Eingriffen in die Privatwirtschaft	6
Diskussion über Männlichkeit spaltet chinesische Medien	6
WIRTSCHAFT, FINANZEN UND TECHNOLOGIE	7
Beijing drängt auf Rettung der HNA Gruppe	7
Kredit- und Investitionswachstum verlangsamt sich	8
DER EUROPÄISCHE BLICK	8
Chinas Einfluss auf dem Balkan: EU bereitet Gegenoffensive vor	8
IM PROFIL	9
Im Profil: Daniel Yong Zhang – künftiger Vorstandsvorsitzender von Alibaba	9

METRIX – Die Zahl der Woche

30

Millionen USD ist der Mindestwert, um als ultrareich zu gelten. Auf der ganzen Welt werden etwa 250.000 Personen zu der Kategorie mit ultra-hohem Nettovermögen gezählt, mehr als 10.000 von ihnen **leben derzeit allein in Hongkong**. Damit liegt die asiatische Metropole noch vor dem traditionell als Stadt der Superreichen geltenden New York. Laut **eines Berichts des Datenunternehmens Wealth-X** sind in Hongkong auch die weltweit höchsten Immobilienvermögenswerte zu verzeichnen. Weitere superreiche Städte sind Tokio, Los Angeles, London und Paris.

THEMA DER WOCHE:

Der Handelskrieg zwischen China und den USA eskaliert

Trotz wochenlanger Anhörungen, in denen Berater und Unternehmensvertreter vor einer weiteren Eskalation des Handelsstreits warnten, hat US-Präsident Donald Trump am 17. September weitere Strafzölle auf Importe aus China angekündigt. Vom 24. September an werden die USA weitere chinesische Produkte im Wert von insgesamt 200 Milliarden US-Dollar mit Strafzöllen in Höhe von 10 Prozent belegen. Anfang kommenden Jahres sollen diese sogar auf 25 Prozent angehoben werden. Damit wäre etwa die Hälfte aller Waren, die die USA aus China einführen, mit zusätzlichen Abgaben belegt.

Wie Reaktionen aus aller Welt zeigen, wächst die Sorge vor dramatischen Folgen des Handelskrieges auf den Welthandel. **Japanische Regierungsvertreter forderten** die USA und China auf, so schnell wie möglich zu einer Lösung ihrer Handelsstreitigkeiten zu kommen. **Alibaba-Chef Jack Ma warnte** unterdessen, dass der Handelskrieg noch sehr lange andauern könne – auch 20 Jahre seien vorstellbar, so Ma.

Die chinesische Regierung hat umgehend Vergeltungsmaßnahmen angekündigt. Zölle von fünf bis zehn Prozent auf US-Waren im Wert von 60 Milliarden USD **sollen ebenfalls am 24. September in Kraft treten**. Das chinesische Handelsministerium **beschwerte sich zudem erneut bei der WTO** über das Verhalten der USA. **Eine Abwertung des Yuan** soll es dagegen vorerst nicht geben, betonte Ministerpräsident Li Keqiang am Dienstag. Die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua sprach von einem Rückschlag und betonte, wie sehr China sich für den freien Handel einsetzt. Kommentare in der chinesischen Presse interpretieren die Entscheidung der USA als Versuch, die aufstrebende Macht China einzudämmen und sprachen von einem Angriff auf das Wirtschaftssystem.

Anders als in der ersten Runde des Handelsstreites kann China aufgrund der Handelsstruktur nicht mit Strafzöllen auf amerikanische Waren in derselben Höhe wie die USA antworten. 2017 importierte China nur etwa Waren im Wert von 130 Mrd. USD aus den USA. Mit der Zollausweitung ab 24. September sind bereits fast 80 Prozent aller US-Importe betroffen.

Denkbar ist daher viel eher, dass amerikanische Unternehmen in China künftig Gegenwind zu spüren bekommen. Benachteiligungen bei Auftragsvergaben, häufigere Kontrollen durch Behörden oder sogar Kundenboykotte, zu denen staatliche Medien aufrufen, sind ebenso möglich wie Restriktionen im Tourismus und Studentenaustausch.

Aus Expertensicht könnte die Eskalation des Handelsstreits insbesondere US-Konsumenten treffen. **Denn sie werden entweder einen Preisaufschlag auf chinesische Waren zahlen** oder auf teurere Produkte umsteigen müssen. Aus deutscher Sicht dürfte sowohl der Handel mit den USA als auch mit China leiden. **Deutsche Unternehmen exportierten in diesem Jahr zwar rund 10 Prozent mehr als im Vorjahr nach China**, doch das Volumen liegt deutlich unter den Vorjahreswerten. Aber auch die Bezieher von chinesischen Zwischenprodukten für die eigene Herstellung werden einen Wettbewerbsverlust auf dem US- und dem Weltmarkt erleiden. Max Zenglein warnt zugleich vor den Folgen für China.

Max Zenglein, Leiter des Programms Wirtschaft am MERICS:

„Die chinesische Regierung versucht derzeit, eine Reihe von Problemen wie eine steigende Verschuldung, industrielle Überkapazitäten und Umweltverschmutzung in den Griff zu bekommen. Eine weitere Ausweitung der Zölle auf chinesische Produkte kommt deshalb für China äußerst ungelegen. Ein allzu starkes Abkühlen des Wirtschaftswachstums kann die chinesische Führung momentan nicht tolerieren. Auch wenn China derzeit weit weniger abhängig ist von Exporten als noch vor zehn Jahren, so setzen die Zölle Chinas Wirtschaft zusätzlich unter Druck.“

MERICs Analyse:

„China-USA Handelskrieg: Ein Ende in Sicht?“ China Mapping von Max J. Zenglein und Johannes Heller.

CHINA UND DIE WELT

China sucht den Schulterchluss mit Russland

Inmitten des Handelskrieges zwischen den USA und China baut Beijing seine Kooperation und seinen Wirtschaftsaustausch mit Moskau weiter aus. Im September fiel die Beteiligung der chinesischen Volksbefreiungsarmee an Russlands größten Militärmanövern mit Xi Jinpings Teilnahme am Eastern Economic Forum unter der Leitung Russlands zusammen. Dies dürfte kein Zufall gewesen sein.

Die von Russland und China gemeinsam abgehaltenen Militärmanöver haben in den vergangenen 15 Jahren an Häufigkeit und Intensität stetig gewonnen. Die diesjährige Kooperation hat jedoch eine neue Dimension erreicht. Mit 300.000 Soldaten, 1.000 Flugzeugen, 36.000 Panzern und gepanzerten Fahrzeugen sowie 80 Schiffen war das **Wostok-Manöver die größte russische Übung seit 1981** (als Russland noch Teil der Sowjetunion war). China beteiligte sich mit rund 3.200 Soldaten, 30 Flugzeugen und Helikoptern sowie weiterem Material.

Anders als die Vertreter anderer regionaler Nachbarstaaten hatte Xi in den vergangenen Jahren nicht am Eastern Economic Forum teilgenommen. **Xis diesjähriger Besuch** kann insofern als Signal Chinas an die USA gedeutet werden, dass die Volksrepublik auch über andere Optionen verfügt. Auf dem Gipfel in Wladiwostok hatte das chinesische Unternehmen Alibaba ein Abkommen mit der russischen Mail.ru im Wert von zwei Milliarden USD abgeschlossen. Dabei geht es um ein Joint Venture für Kommunikation, Social Media, Gaming und Einkaufen unter dem Namen „AliExpress Russia“.

Bisher hat es Russland noch nicht unter die ersten zehn chinesischen Handelspartner geschafft. Der wirtschaftliche Fokus liegt bis heute auf dem Energiesektor. Russland ist innerhalb der vergangenen zwei Jahrzehnte zur Hauptquelle für Chinas Erdölversorgung geworden. Bis 2020 könnte Russland zudem Chinas Hauptversorger für Gas werden. Im Zuge des Handelskonflikts zwischen China und den USA werden in absehbarer Zeit die amerikanischen Agrarprodukte für China teurer werden. Dies bietet neue Chancen für russische Exporteure.

Zweifel an Pakistans Engagement für Belt and Road Initiative (BRI)

Es geht um **das** Vorzeigeprojekt der Belt and Road Initiative: den Wirtschaftskorridor zwischen China und Pakistan (China-Pakistan Economic Corridor, CPEC). Überraschend hat sich kurz nach dem Besuch von Chinas Außenminister Wang Yi in Pakistan ein enger Wirtschaftsberater des pakistanischen Premiers sehr kritisch über chinesische Investitionen in Pakistan geäußert. Abdul Razak Dawood gab der **Financial Times ein viel beachtetes Interview**, in dem er u.a. die schlechte Verhandlungstaktik der pakistanischen Vorgängerregierung kritisierte, die zu unfairen Vertragsabschlüssen geführt habe. Gleichzeitig empfahl er, alle Projekte für mindestens ein Jahr zurückzustellen und für die Errichtung des Wirtschaftskorridors fünf Jahre mehr Zeit einzuräumen. **Inzwischen ruderte Dawood zurück**, und auch das Handelsministerium wies die Stellungnahme zurück.

Die Wahl von Premierminister Khan hatte unter Verfechtern des Wirtschaftskorridors zwischen China und Pakistan für Unruhe gesorgt. Denn Khan hatte zuvor mangelnde Transparenz und Korruption im Zusammenhang mit dem Projekt scharf angeprangert. Just **am Tag des Interviews hatten China und Pakistan mitgeteilt**, dass sie den Wirtschaftskorridor auch für Investitionen aus Drittländern öffnen wollen. Angesichts der aktuellen Schwierigkeiten in anderen Ländern, die China für die BRI gewinnen möchte, **werten Beobachter dies als positives Signal für eine wachsende Offenheit Chinas** gegenüber den Bedürfnissen der Partnerländer.

Kein anderer Staat konnte so viel an chinesischen Investitionen und Krediten zur Finanzierung von BRI-Projekten verbuchen wie Pakistan. Insgesamt beläuft sich die Summe für fertig gestellte und im Bau befindliche Projekte auf rund 15 Mrd. USD.

MERICS Analyse:

„The BRI in Pakistan: China’s flagship economic corridor.“ China Mapping von Thomas S. Eder und Jacob Mardell.

Venezuela hofft auf weitere Unterstützung aus China und beteiligt sich an der “Neuen Seidenstraße“

Venezuelas Präsident **Nicolas Maduro hofft**, seinem krisengeplagten Land Finanzierungszusagen aus China gesichert zu haben. Es gehe um die Steigerung der **Öl- und Goldproduktion** sowie um Investitionen in mehr als 500 Entwicklungsprojekte, sagte Maduro am Rande **seines fast viertägigen Staatsbesuches in China** (13.-16. September). Insgesamt seien 28 Abkommen unterzeichnet worden. Umgekehrt sicherte Beijing sich in einer gemeinsamen Absichtserklärung die Unterstützung Venezuelas für die Belt and Road-Initiative. Venezuela ist das vierte Land Lateinamerikas (nach Panama, Antigua und Barbuda, Trinidad und Tobago sowie Bolivien), das sich an Chinas Infrastrukturprojekt beteiligen will. Die Zusage des venezolanischen Präsidenten folgt Beijings jüngsten Bemühungen, die Belt and Road Initiative nach Lateinamerika auszuweiten.

Die Volksrepublik ist aktuell der größte Kreditgeber Venezuelas. Beijing hatte dem Land im vergangenen Jahrzehnt mehr als 60 Milliarden USD an Krediten gewährt und sich zuletzt zunehmend besorgt

gezeigt, dass Venezuela nicht in der Lage ist, seine Schulden zurückzuzahlen. 20 Milliarden Dollar sind derzeit nicht beglichen. Umso überraschender ist es, dass der venezolanische Finanzminister Zepa während seiner Vorabreise von Maduros Besuch den Zuschlag für einen neuen Kredit in Höhe von fünf Milliarden USD erhalten haben soll. Von chinesischer Seite wurde diese Summe bislang nicht offiziell bestätigt.

Im Juli hatten venezolanische Medien bereits berichtet, dass die China Development Bank 250 Millionen USD zur Verfügung stellen würde, um die Ölproduktion anzukurbeln. Das Ölgeschäft ist die wichtigste Einnahmequelle für Venezuela. Allerdings sank die tägliche Öl-Förderquote zuletzt auf den niedrigsten Stand seit 60 Jahren.

Kurz gemeldet

- Internationale Teilnahme: Australien richtet größtes Seemanöver aus
- Im Gespräch: Premier Abe trifft in Russland auf Präsident Xi
- Schwieriges Fahrwasser: Japanische U-Boote halten Manöver im Südchinesischen Meer ab
- Unsicher: Singapurs Premier zum RCEP-Handelsabkommen der ASEAN und China

INNENPOLITIK, GESELLSCHAFT UND MEDIEN

Neue Prioritäten beim Umbau der Gesundheits- und Technologiepolitik

Der Staatsrat hat **Änderungen an den internen Strukturen von sieben Ministerien und neun anderen Regierungsabteilungen angekündigt**. Die geplanten Änderungen der Behörden auf Kabinettsebene, die für **öffentlicher Gesundheit** und **Technologiepolitik** zuständig sind, spiegeln veränderte Prioritäten der chinesischen Führung wider. Die Ankündigungen basieren auf dem **umfassenden Restrukturierungsplan für Partei- und Staatsorgane**, der im März dieses Jahres veröffentlicht worden war.

In der Nationalen Gesundheitskommission, zuvor die Kommission für Nationale Gesundheit und Familienplanung, sollen die drei bisherigen Abteilungen, die für Familienplanung zuständig waren, in einer neuen Abteilung für Demografie-Monitoring und Familienentwicklung (人口监测与家庭发展司) aufgehen. Die neue Bezeichnung und der veränderte Aufgabenzuschnitt spiegeln das Ende der von der Regierung umgesetzten Ein- bzw. zuletzt Zwei-Kind-Politik wider. Zwei weitere Behörden, die Abteilung für Seniorengesundheitsdienste (老龄健康司) sowie die Abteilung für Arbeitsgesundheit (职业健康司), wiederum deuten auf die veränderten Gesundheitsbedürfnisse einer alternden Gesellschaft und Sicherheitsfragen am Arbeitsplatz hin.

Das Ministerium für Wissenschaft und Technologie hat die Aufgabe, eine neue Abteilung für Technologietransfer und regionale Innovation (成果转化与区域创新司) zu schaffen. Diese wird dafür zuständig sein, die Integration von Industrie, Bildung und Forschung zu propagieren sowie regionale Innovationssysteme sowie nationale Vorzeige-Innovations- und High-Tech-Industriezonen aufzubauen.

Pläne für die Neuorganisation weiterer Ministerien und Behörden auf nationaler Ebene sind noch nicht veröffentlicht worden. Der Abschluss der Umstrukturierung und eine damit einhergehende komplette Normalisierung der Arbeit im Staatsrat werden erst bis Ende des Jahres erwartet.

Wachsende Sorge vor staatlichen Eingriffen in die Privatwirtschaft

Chinesische Internetnutzer spekulieren nach **Jack Mas Rücktrittsankündigung** als Alibaba-Chef darüber, welchen Einfluss die verschärfte Kontrolle der Internetindustrie auf die Entscheidung des Alibaba-Gründers gehabt haben könnte.

Wenige Tage später sorgte ein Artikel auf der Medienplattform WeChat für Aufregung, der sich für eine geringere Rolle der Privatwirtschaft in China aussprach. Er wurde als Testballon für eine mögliche Kursänderung in der Wirtschaftspolitik gesehen. Internetnutzer kritisierten, dass der Artikel die Rolle von Unternehmern und Firmengründern für Chinas wirtschaftliche Entwicklung herabstufte. In dem **kontrovers diskutierten Beitrag** behauptete Wu Xiaoping (吴小平): „der Privatsektor hat in China bereits seine Aufgabe, die wirtschaftliche Entwicklung des Staatssektors zu unterstützen, vollendet. Nun muss er schrittweise an Bedeutung verlieren“. Wu argumentierte weiter, dass „in einem Kampf der Supermächte“ China seine „finanziellen, materiellen und menschlichen Ressourcen“ konzentrieren und einer „langfristigen Entwicklungsstrategie“ folgen müsse.

Anscheinend als Reaktion auf die Diskussionen veröffentlichten die chinesischen Zeitungen Economic Daily und People's Daily am folgenden Tag **einen offiziellen Kommentar**. Wu wurde darin vorgeworfen, er würde „Chinas sozialistisches Wirtschaftssystem, das die Entwicklung aller Arten von Unternehmen verfolge“, falsch darstellen. Im Anschluss wurde Wus Artikel aus dem Internet gelöscht.

Am 16. September nahm Liu He, Chinas Vizepremier und Wirtschaftsberater von Präsident Xi Jinping, am „Chinese Economists 50 Forum“ in Beijing teil. Seine Anwesenheit wurde als ein Versuch gewertet, Verständnis für die Sorgen der Privatwirtschaft zu zeigen.

Diskussion über Männlichkeit spaltet chinesische Medien

Eine Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua über Männlichkeit hat eine lebhaftere Diskussion in den chinesischen Medien befeuert. Der Beitrag vom 6. September hatte das Auftreten von sogenannten „unmännlichen“ Jungen in dem TV-Programm „Erste Unterrichtsstunde“ kritisiert und ein Ende dieser „perversen Kultur“ gefordert. **Der Artikel sorgte für Diskussionen** in den Medien.

„Erste Schulstunde“ wird von CCTV und dem Bildungsministerium produziert. Eltern sind angehalten, die Fernsehsendung zum Schulanfang mit ihren Kindern anzusehen. **Das Programm** hat unter anderem über eine Gruppe von Sängern berichtet, die als die New F4 bezeichnet werden. Sie tauchten in der Sendung neben Prominenten wie Filmstar Jackie Chan oder dem Unternehmer aus dem Bildungsbereich, Yu Minhong, auf.

Xinhua hatte ihre Auftritte kritisiert und gewarnt: „Diese kranke Kultur wird einen enormen Einfluss auf unsere Jugend haben.“ Staatliche Medien setzten sich teils kritisch mit diesem Urteil auseinander. Ein

Kommentator der **People's Daily** grenzte sich ab und betonte „wir stimmen mit diesen abfälligen Bemerkungen wie „unmännlich“ oder „weder Mann noch Frau“ nicht überein. Die **China Women's Daily**, Zeitung des Allchinesischen Frauenverbandes, ermahnte, dass Menschen nicht nach ihrem Äußeren beurteilt werden sollten.

Während das Verhältnis der Geschlechter und das Empfinden für Ästhetik sich unter jungen Chinesen in den vergangenen Jahren stark verändert hat, weiß die KPC offensichtlich noch nicht, wie sie mit der zunehmenden Spannung zwischen traditionellen Werten und Toleranz für individuelle Identitäten umgehen soll.

Kurz gemeldet

- **Gesetz(t): Der Nationale Volkskongress veröffentlicht seine Agenda für die nächsten fünf Jahre**
- **Einfluss der KPC: Xi Jinping fordert auf Bildungskonferenz Respekt vor dem Lehrerberuf**
- **Der Vorhang fällt: China-Tournee der Berliner Schaubühne mit Ibsens "Volksfeind" vorzeitig beendet**

WIRTSCHAFT, FINANZEN UND TECHNOLOGIE

Beijing drängt auf Rettung der HNA Gruppe

Die chinesische Führung versucht, den 7,6 Prozent-Anteil der angeschlagene HNA Gruppe an der Deutschen Bank durch einen staatlichen Anteilseigner zu ersetzen. Chinas staatlicher Vermögensfonds China Investment Corp (CIC) hat ebenso wie andere Institutionen mit staatlicher Unterstützung, darunter die Citic Group und die China Merchants Group, Interesse an den Anteilen geäußert. Dies berichtete zuerst das **Wall Street Journal**.

Die Aufteilung der HNA-Anteile an der Deutschen Bank gehört zu den größeren Desinvestitionsplänen des Konzerns, der sich bei seiner weltweiten Übernahmetour mit einem Volumen von 50 Mrd. USD (umgerechnet 42,8 Mrd. EUR) übernommen hatte. Das Konglomerat mit Geschäftsaktivitäten, die von der Luftfahrtindustrie über Tourismus bis zu Finanzdienstleistungen reichen, hat auch seine Anteile an der Hilton Gruppe abgegeben und befindet sich **Berichten zufolge in Gesprächen über den Verkauf weiterer Anteilspakete** in den USA und der Schweiz. HNA war zuletzt unter wachsenden Druck von Seiten chinesischer Regulatoren geraten, die das Unternehmen als systemisches Risiko im Finanzsystem betrachten. Beijings Fähigkeiten, Wirtschaftsentscheidungen für die privaten HNA-Gruppe zu treffen sowie staatliche Akteure zu gewinnen, die bereit sind das Unternehmen zu retten, bestätigen Beijings staatskapitalistischen Ansatz.

Dieser Ansatz dürfte sich auch bei der **nationalen Konferenz zu Chinas Staatsunternehmen Ende** des Monats zeigen. Es wird damit gerechnet, dass Vizepremier Liu He die Konferenz nutzen wird, um die zentrale Rolle der Staatsunternehmen für Chinas technologischen Führerschaft zu unterstreichen.

Kredit- und Investitionswachstum verlangsamt sich

Die Wirtschaftsdaten für August deuten darauf hin, dass die Kampagne der Regierung zum Schuldenabbau langsam Wirkung zeigt. Ziel der Kampagne ist es, die Abhängigkeit der chinesischen Wirtschaft von Krediten zu verringern. Sollte sie erfolgreich sein, müsste das Kreditwachstum fallen. Da Kredite Investitionen finanzieren, müssten auch diese zurückgehen.

Anlageinvestitionen fielen im August von 5,5 Prozent (Juli) und 5,7 Prozent (Juni) auf 5,3 Prozent jährliches Wachstum von 5,5 Prozent. Dies entspricht dem niedrigsten je verzeichneten Stand. Das lag vor allem an einer starken Senkung der Infrastrukturinvestitionen (4,2 Prozent jährliches Wachstum) und der Investitionen von Seiten staatlicher Unternehmen (1,1 Prozent). Private Anlage- und Immobilieninvestitionen blieben stabil bei 8,7 bzw. 10,1 Prozent.

Der Gesamtkredit vergrößerte sich um 10,1 Prozent jährliches Wachstum, während es im Juli noch 10,3 Prozent waren. Darlehen blieben unverändert bei 12,9 Prozent. Das Wachstum von Konsumentenkrediten (vor allem Hypotheken) fiel leicht von 20,9 Prozent auf 20,5 Prozent.

Bislang besteht die Kampagne der Regierung vor allem aus Regulierungen, die die Praktiken der Banken bei der Kreditvergabe und die Gewohnheiten von Lokalregierungen bei der Kreditaufnahme anpassen sollen. Um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, **verkündete die Regierung** am Dienstag, dass Investitionen in Infrastruktur erhöht und Ausgaben für bereits bewilligte Projekte beschleunigt werden sollen.

Kurz gemeldet

- **Angeschoben: Chinas Zentralbank sichert Liquidität durch mittelfristige Kredite**
- **Gefallen: Abwärtsdruck macht sich in niedrigster Direktinvestitionsrate seit zwei Jahren bemerkbar**
- **Grenzen der Intelligenz: Weltkonferenz in Shanghai sucht Antworten zu offenen KI-Fragen**
- **Rote Linie: Kapitalschuldenrate von Staatsunternehmen stärker beschränkt**

DER EUROPÄISCHE BLICK

Chinas Einfluss auf dem Balkan: EU bereitet Gegenoffensive vor

Der Balkan hat zuletzt wieder die Aufmerksamkeit westeuropäischer Politiker auf sich gezogen. Grund dafür ist weniger ihr Interesse an der Region als das Interesses Chinas am Balkan.

In einer **Rede vor dem Bundestag** sagte der deutsche Außenminister Heiko Maas am 12. September über den Westbalkan: „Es ist wichtig, dass wir diesen den Ländern eine europäische Perspektive bieten, und zwar eine verlässliche, weil sie sich ansonsten anderen Ländern wie etwa China zuwenden“. Am selben Tag forderte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner **Rede zur Lage der Union**

in Straßburg: „Wir müssen ein für alle Mal zu einer unwiderruflichen Haltung zum Westbalkan gelangen. Andernfalls werden andere Kräfte unsere direkte Nachbarschaft in ihrem Sinne prägen.“

Ähnlich hatte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in den vergangenen Monaten geäußert. Der frühere deutsche Außenminister Sigmar Gabriel sieht die EU in einem aktuellen [Gastbeitrag für das Handelsblatt](#) gefordert, sich stärker in der Region zu engagieren, um Chinas Initiativen etwas entgegenzusetzen.

Zum Westbalkan zählen Albanien sowie die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, mit Ausnahme der EU-Mitglieder Slowenien und Kroatien. Wie die [MERICS BRI Datenbank](#) zeigt, übertreffen die Investitionen von EU-Mitgliedstaaten in Infrastrukturprojekte in Zentral- und Osteuropa bislang bei weitem jene, die im Rahmen des „16+1-Formats“ durch China getätigt wurden. In Nicht-EU-Ländern ist der Anteil chinesischer Investitionen in Infrastrukturprojekte hingegen deutlich höher. So halten sich etwa in Mazedonien chinesische Kredite und Infrastrukturfonds aus EU-Mitteln die Waage.

Der Zuwachs an Investitionen auf dem Balkan und an den Rändern der EU, die in Verbindung mit Beijings „Neuer Seidenstraße“ stehen, werden in Brüssel und den EU-Mitgliedsländern mit Besorgnis gesehen. Chinas Infrastrukturprojekte schaffen Instabilität in der Nachbarschaft der Union und erfüllen häufig nicht die in der EU geltenden Regeln und Standards. Für Oktober ist ein EU-Strategiepapier angekündigt, das eine informelle Antwort auf Chinas BRI-Initiative geben soll.

MERICS-Analyse:

- **„China’s Europe policy poses a challenge to EU cohesion.“** Blogbeitrag von Jan Weidenfeld, Leiter Europaangelegenheiten und Geschäftsentwicklung.
- **„Belt and Road reality check: How to assess China’s investment in Eastern Europe.“** Blogbeitrag von Thomas Eder und Jacob Mardell.

IM PROFIL

Im Profil: Daniel Yong Zhang – künftiger Vorstandsvorsitzender von Alibaba

Der 46jährige Daniel Zhang hat ein ähnliches Problem wie einst Tim Cook. Den Namen seines Vorgängers konnten vermutlich schon Grundschulkindern buchstabieren, er dagegen war zunächst vor allem Wirtschaftsexperten ein Begriff. Doch Alibaba-Gründer Jack Ma gibt seinem designierten Nachfolger ein Jahr Zeit, an Popularität zu gewinnen. Erst dann wird der amtierende Vorstandsvorsitzende in das Aufsichtsgremium des IT- und Internetgiganten Alibaba wechseln. Die Online-Community kennt [Daniel Zhang](#) jedoch zumindest indirekt, gilt er doch als Vater des Single’s Day, der in China seit einigen Jahren immer am 11.11. begangen wird. Das Shopping-Event für einsame Herzen beschert Online-Händlern (und vor allem Alibaba) Rekordumsätze, die inzwischen drei Mal so hoch sind wie Black Friday und Cyber Monday in den USA zusammengenommen.

Innerhalb des Unternehmens ist Daniel Zhang ohnehin kein Unbekannter. Dort trägt er den Spitznamen „Sorgloser Wanderer“. Seit Mai 2015 ist er der amtierende CEO und Direktor der Alibaba Gruppe und

u.a. Direktor bei Weibo. Der Alibaba-Gruppe gehört Zhang bereits seit 2007 in verschiedenen Managementpositionen an und hat in dieser Zeit zahlreiche Sparten des Konzerns kennen gelernt. Anfangs kam er als CFO zu der Onlinehandelsplattform Taobao. Als Taobao Mall in Tmall umbenannt wurde, wurde Zhang Präsident der Alibaba-Tochter. Unter seiner Führung hat sich die Online-Handelsplattform zu einem Digitalunternehmen entwickelt, das neben E-Commerce auch im Cloud-Computing, Fintech und Unterhaltungssektor aktiv ist. Einst hat Zhang auch mal in eine europäische Organisation hineingeschnuppert: Von 2002 bis 2005 war er Senior Manager bei dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen PricewaterhouseCoopers in seiner Geburtsstadt Shanghai. In der ostchinesischen Hafenstadt hatte er ursprünglich auch studiert: Seinen B.A.-Abschluss machte er an der Shanghai University in Finance and Economics.

Jack Ma hatte die Wahl Zhangs so begründet: „Sein analytischer Verstand ist beispiellos. Er verfiert unsere Mission und Vision, nimmt Verantwortung mit Leidenschaft an, hat Mut zur Innovation und testet gerne kreative Geschäftsmodelle.“ **Bei einer Handelskonferenz am Dienstag** ergänzte Ma: “I’m 100% sure Daniel will do a better job than I do”.

© Mercator Institute for China Studies (MERICS)

Dieser Newsletter fasst ausschließlich bereits veröffentlichte und frei zugängliche Medien und Nachrichtenartikel zusammen. Er unterstützt weder die darin vertretenen Meinungen, noch erklärt er die dafür verwendeten Quellen und Materialien für (rechts)gültig. Die Verwendung der Links beruht auf der Annahme, dass diese im Einklang mit bestehenden Gesetzen und Regularien erstellt worden sind. Die angegebenen Quellen spiegeln lediglich eine Auswahl wider. Auf Anfrage teilen wir Ihnen gern alle weiteren Quellen unserer Meldungen mit.